

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektionskassa Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postsparkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: K. Koflappeler

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 82

Bad Schandau, Donnerstag, den 7. April 1927

71. Jahrgang

Russisch-nordchinesischer Konflikt

Rußlands Botschaft in Peking besetzt.

Verhaftung des Geschäftsträgers der Sowjetunion.
Ein Vorgang, der leicht zu einer unübersehbaren neuen Komplizierung und Verschärfung der Lage in China führen kann, wird aus Peking bekannt. Dort drangen etwa 100 Soldaten Tschangtschins, des Befehlshabers von Peking, begleitet von bewaffneter Polizei, gewaltsam in die Botschaft der Sowjetrepublik ein. Ein Schuß fiel, darauf wurde ein Russe aus dem Gebäude hinausgeworfen, gefesselt und in einem Automobil fortgeschafft. Bis jetzt wurden etwa sechs Russen und zwanzig Chinesen zur Polizeiwache gebracht. Ein Maschinengewehr, fünfzehn Gewehre und zahlreiche Munition wurden in der Botschaft beschlagnahmt. Der Geschäftsträger der Sowjetunion und andere Beamte der Botschaft sollen in ihren Amtszimmern in Haft gehalten werden. Die Truppen halten die ganze Botschaft besetzt. Wie Reuters aus Peking weiter meldet, sollen die in der Sowjetbotschaft verhafteten Russen und Chinesen Aufwiegler sein.

Weber an Berliner deutschen noch chinesischen amtlichen Stellen war bisher eine Bestätigung dieser Meldung zu erhalten.

Zu den Vorgängen in der Peking Botschaft verlautet noch, daß der Doyen des Peking diplomatischen Korps, der holländische Gesandte Dudenbijk vormittags um 11 Uhr die Polizei des Gesandtschaftsviertels instruiert hat, der chinesischen Militärpolizei Zutritt zu gewähren, ohne daß die anderen Gesandtschaften benachrichtigt würden. Schwere Konflikte werden als Folge dieser Erlaubnis erwartet, obwohl mancherorts behauptet wird, Dudenbijk sei von England vorgeschoben. Schon am Dienstagabend waren zwei amerikanische Journalisten in dem außerhalb des Gesandtschaftsviertels liegenden Hotel Du Nord verhaftet worden. Die Beiden sollen nach Tientsin abtransportiert werden. Wahrscheinlich wird ihnen Verbindung mit der Kuomintang vorgeworfen.

Kein Angriff auf die russische Gesandtschaft in Peking?

Paris, 7. April. Nach einer hier eingelaufenen offiziellen Meldung aus Nanking sollen die Chinesen nicht die russische Gesandtschaft in Peking, sondern eine russische Bank geplündert haben.

Deutschland in der Balkankommission.

Ein neuer König von Albanien?
Die englische und die französische Regierung sind an die deutsche Regierung mit der Aufforderung herangetreten, sich an einer Kommission zur Beilegung des Balkankonfliktes zu beteiligen, die aus je einem militärisch-verständigen Vertreter der drei Regierungen zusammengesetzt ist. Der Zweck der Kommission ist, eine Lösung der bei den direkten Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien möglicherweise auftretenden Streitfragen durch eine Untersuchung an Ort und Stelle und eine sachlich objektive Berichterstattung zu fördern. Die deutsche Regierung hat prinzipiell ihre Zustimmung gegeben unter der Voraussetzung, daß Italien, Jugoslawien und Albanien sich mit dieser Maßregel einverstanden erklären und die Kompetenz der Kommission genau festgelegt werden.

Die Belgrader Zeitung „Novosti“ veröffentlicht eine allerdings mit Vorsicht aufzunehmende Meldung aus Rom, wonach Mussolini sich mit der Absicht trage, ein Mitglied der montenegrinischen Dynastie zum König von Albanien zu machen, falls Ahmed Zogus Stellung unhaltbar werden sollte. Er wollte sich dadurch einen Stützpunkt für eine Einmischung auf dem Balkan schaffen. Jugoslawien habe angeblich um diese Pläne gewußt und darum rechtzeitig die Dynastie Petrowitsch abgefunden. „Novosti“ bemerkt selbst, daß die Richtigkeit dieser Meldung bisher noch nicht festgestellt werden konnte.

Reichsrat und vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich.

Berlin, 6. April. Im Reichsrat wurde heute der Gesetzentwurf über das Zusatzabkommen vom 31. März d. J. zu dem vorläufigen Handelsabkommen und den wirtschaftlichen Verein-

Die amerikanischen Verteidigungs- und Sammelpunkte in China.

Wie aus Washington amtlich gemeldet wird, sind Peking, Schanghai und Tientsin zu amerikanischen Verteidigungs- und Sammelpunkten für amerikanische Flüchtlinge bestimmt worden. Nach den neuesten Berichten aus China hat dort vielerorts ein Boykott amerikanischer Waren eingeleitet.

Sinrichtung des chinesischen Admirals Pi.

Der Evening Standard meldet aus Peking, daß Admiral Pi, der für die Uebergabe Schanghais an die Südruppen verantwortliche Befehlshaber der Nordtruppen, gestern Abend auf Befehl des Schanghaier Generals Tschangtschungtschang hingerichtet worden sei.

Chinadebatte im Unterhaus.

London, 6. April. Im Unterhaus erklärte heute Außenminister Chamberlain auf eine Anfrage, die englische Regierung beabsichtige nicht, sich in den chinesischen Bürgerkrieg hineinzuziehen zu lassen, welche Form dieser auch immer annehmen würde. Ramsay MacDonald kritisierte darauf in längerer Rede die Chinapolitik der englischen Regierung; die Entsendung von Truppen nach China habe die Verhandlungen behindert und das Mißtrauen des chinesischen Volkes über die Absichten Großbritanniens wachgerufen.

Blättermeldungen aus Schanghai zufolge sind bei Putow heftige Kämpfe zwischen den Südruppen und den Truppen Tschangtschungtschangs im Gange. Letzterer versucht, die wichtige Tjingpu-Eisenbahnlinie zurückzuerobern. Vier Regimenter sind zur Verstärkung von Schanghai abgegangen.

Keine Verschiffungen von Kriegswaffen in Deutschland.

Der Verband Deutscher Reeder in Hamburg und der Ostasiatische Verein haben den Beschluß gefaßt, keinerlei Verschiffungen von Kriegswaffen und Kriegsmunition, die zur Verwendung in China bestimmt sind, in deutschen Häfen oder auf deutschen Schiffen zu übernehmen.

Englische Berichte aus Moskau wissen zu melden, daß die Sowjetregierung sich auf einen Krieg vorbereitet. Jedenfalls hört man viel von außerordentlicher Tätigkeit in den Arsenalen und Munitionsfabriken. Man ist in London geneigt, an einen russischen Feldzug zur Unterstützung der Kantonesen oder Marschall Fengs zu glauben.

Barungen zwischen Deutschland und Frankreich in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 23 Stimmen entgegen dem Beschluß der Ausschüsse angenommen. Mit Ja stimmten das preußische Staatsministerium, die Vertreter aller preußischen Provinzen, die Staaten Sachsen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe; mit Nein stimmten Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen und Bremen.

In der vorhergehenden Aussprache erklärte Ministerialrat Sommer namens der preußischen Regierung, daß die preußische Regierung zwar schwere Bedenken gegen die Vorlage habe, ihr aber zustimme. Namens aller preußischen Provinzen wurden Bedenken wegen des deutschen Weinbaues vorgebracht; namens des Freistaates Sachsen Bedenken wegen der Erhöhung des Mehlspreises. Für Bayern erklärte Staatsrat von Romer, Bayern werde dagegen stimmen, vor allem wegen der Bewilligung eines Weinkontingentes an Frankreich und ferner, weil die von Frankreich dafür gegebenen Gegenleistungen eine ganze Reihe von Industrien nicht berühren, die für Bayern von wesentlicher Bedeutung seien.

Eine Botschaft Briands an Amerika.

Newport. Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Tages von Americas Eintritt in den Weltkrieg hat Außenminister Briand, der soeben jede Beteiligung Frankreichs an Coolidges Abrüstungskonferenz abgelehnt hat, an die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press eine Kundgebung gesandt, in der er u. a. ausführte: Der Krieg als Mittel der Staatspolitik ist bereits von den Unterzeichnern der Völkerbundcharta und der Locarnoverträge abgelehnt worden. Frankreich wäre bereit, mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zu schließen, durch das der Krieg in die Acht erklärt wird. Ein solches Abkommen würde die Grundlage der internationalen Friedenspolitik erheblich festigen. Die beiden großen befreundeten Nationen, die beide für die Sache des Friedens arbeiten, würden damit der Welt das beste Beispiel dafür geben, daß das gegenwärtig erreichbare Ziel nicht Entwaffnung, sondern Betätigung der Friedenspolitik ist.

Für eilige Leser.

* Der italienisch-ungarische Vertrag ist am Mittwoch veröffentlicht worden. Der Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag besteht aus 5 Artikeln und ist für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen worden. Der Zusatzartikel umfaßt 18 Artikel.

* Nach Meldungen aus Japan haben dort große Ueberschwemmungen riesigen Schaden angerichtet. 6000 Personen sind obdachlos.

* Aus Moskau wird gemeldet, daß in Kiachta ein Radiosendeturm vom Sturm umgerissen worden sei. Der Turm zerstörte einen Teil der Radiostation und erschlug zwei Beamte.

* Im Reichstage wurde gestern eine demokratische Entschlie-ßung angenommen, die an Stelle der verschiedenen Staatsangehörigkeiten eine Reichsangehörigkeit sehen will.

* Das Flugzeug Pinedos wurde bei Roosevelt am Arizona vor dem Weiterflug nach Santiago vollkommen vernichtet. Der Piloter selbst ist unverletzt.

Deutsche Befragungsmethoden 1871-73.

Von Professor Dr. Gerhard Budde.

Noch immer seufzt ein Teil des Rheinlandes unter dem Druck der französischen Besetzung. Dieser Druck würde erträglich sein, wenn die Franzosen dieselben Befragungsmethoden in Anwendung bringen würden wie die Deutschen in den Jahren 1871/73 in dem von ihnen besetzten französischen Gebiete. Seit einigen Jahren liegt hierüber wertvolles historisches Material vor, das aber noch viel zu wenig bekannt geworden ist. Wenn man dieses betrachtet, dann erkennt man, wie unhaltbar die von französischer Seite aufgestellte Behauptung ist, daß wir Deutsche es nach 1871 in Frankreich nicht anders gemacht hätten, als es die Franzosen in Deutschland nach dem Weltkriege getan haben und noch heute tun.

Am 25. Oktober 1871 sagte Bismarck im Reichstage: „Wir halten es nicht für unsere Aufgabe, unsern Nachbarn mehr zu schädigen, als zur Sicherstellung der Ausübung des Friedens für uns absolut notwendig ist, im Gegenteil, ihm zu nützen und ihn wieder in den Stand zu setzen, sich von dem Unglück, das über sein Land gekommen ist, zu erholen, so viel wir ohne Gefährdung der eigenen Interessen dazu beitragen können.“

Dieses Richtlinien entsprechend hat General von Manteuffel, dem die militärische Ausübung der Befragung anvertraut wurde, gebahnt. Nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes wandte er sich an die Soldaten seiner Südmarmee mit den Worten: „An euch ist es jetzt, nach euren großen Waffenatzen der Welt zu zeigen, daß die wahre Bildung in den germanischen Volkstämmen wohnt. Sitte, Milde, Schonung, Rücksichtnahme dem über- undenen Feinde gegenüber tun dies.“ Und in seinem Erlaß vom 28. Juli 1871 heißt es über den Geist, in dem er die Befragungsgewalt gehandhabt wissen wollte: „Das Wohl und die Sicherheit der Truppen bleiben auch jetzt die ersten Gesichtspunkte. Aber gebot der Krieg hierbei oft ein rücksichtsloses Durchgreifen, so gebietet der von Seiner Majestät ratifizierte Friede Rücksichtnahme, soweit es nur irgend zulässig ist. Hinzu kommt, und ich appelliere an unser Selbstgefühl, daß wir die Sieger sind und daß den Ueberwundenen gegenüber das alte Wort „Noblesse oblige“ von uns zu vertreten ist, denn wir präferieren hier die ganze Armee. Am meisten geschieht dies durch Schonung des Gefühles der Ueberwundenen.“ Am 12. Februar 1872 ließ von Manteuffel dann noch ein Rundschreiben folgen, in dem er die Soldaten des Befragungsheeres darauf hinweist, daß nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Geschichte einst darüber geurteilt werden würde, wie sich das Befragungsheer in Frankreich verhalten habe, und in dem er dann fortfährt: „Ich erinnere daran, welche die ganze französische Nation treffende Kritik das Verhalten der französischen Truppen in Deutschland im Anfange des Jahrhunderts hervorgerufen hat. Sie überhoben sich des Sieges, mißbrauchten die Gewalt, behandelten die Ueberwundenen mit Härte und Nichtachtung. Wir wollen uns vornehmer verhalten. Vornehm ist es aber, den überwundenen Gegner seine Niederlage nicht auf Schritt und Tritt fühlen zu lassen, und selbst ehrt sich der Sieger und erhöht selbst den Glanz seines Sieges, wenn er nach diesem dem Gegner Ebenbürtigkeit zugesieht.“ Und solchen Worten entsprach auch durchaus das tatsächliche Verhalten des deutschen Befragungsheeres. Die Offiziere gingen ihren Soldaten mit gutem Beispiel voran. Ritterliches Betragen gegen feindliche Einwohner war für sie eine selbstverständliche Forderung der Standesehre. Wo sich trotzdem einmal ein herausforderndes Benehmen der Offiziere gegen die Bevölkerung hervorwagte, wurde es von den Vorgesetzten nicht geduldet. Diese Offiziere wurden vielmehr ausnahmslos bestraft, selbst wenn es sich um geringfügige Verfehlungen handelte und von französischer Seite gar kein Strafverlangen gestellt war. In derselben Weise wurde bei den Unteroffizieren und Mannschaften verfahren. Natürlich waren Ausschreitungen einzelner nicht zu vermeiden, aber sie wurden mit empfindlicher Strafe geahndet. Dagegen wurden Vergehen der Bevölkerung des besetzten Gebietes mit großer Milde bestraft. Gegen sie wurden verhängt:

- in 4 Fällen kleine Geldstrafen,
 - in 42 Fällen Freiheitsstrafen bis zu einem Monat,
 - in 34 Fällen Freiheitsstrafen von 1 bis 6 Monaten,
 - in 8 Fällen Freiheitsstrafen von 1/2 bis zu 1 Jahr,
 - in 8 Fällen Freiheitsstrafen von 1/3 bis zu 3 Jahren,
 - in 1 Falle Freiheitsstrafe von 5 Jahren,
 - in 2 Fällen Todesstrafe.
- Die Fälle, in denen Freiheitsstrafen von längerer Dauer als einem Jahre ausgesprochen wurden, betrafen Einbruchsdiebstahl,